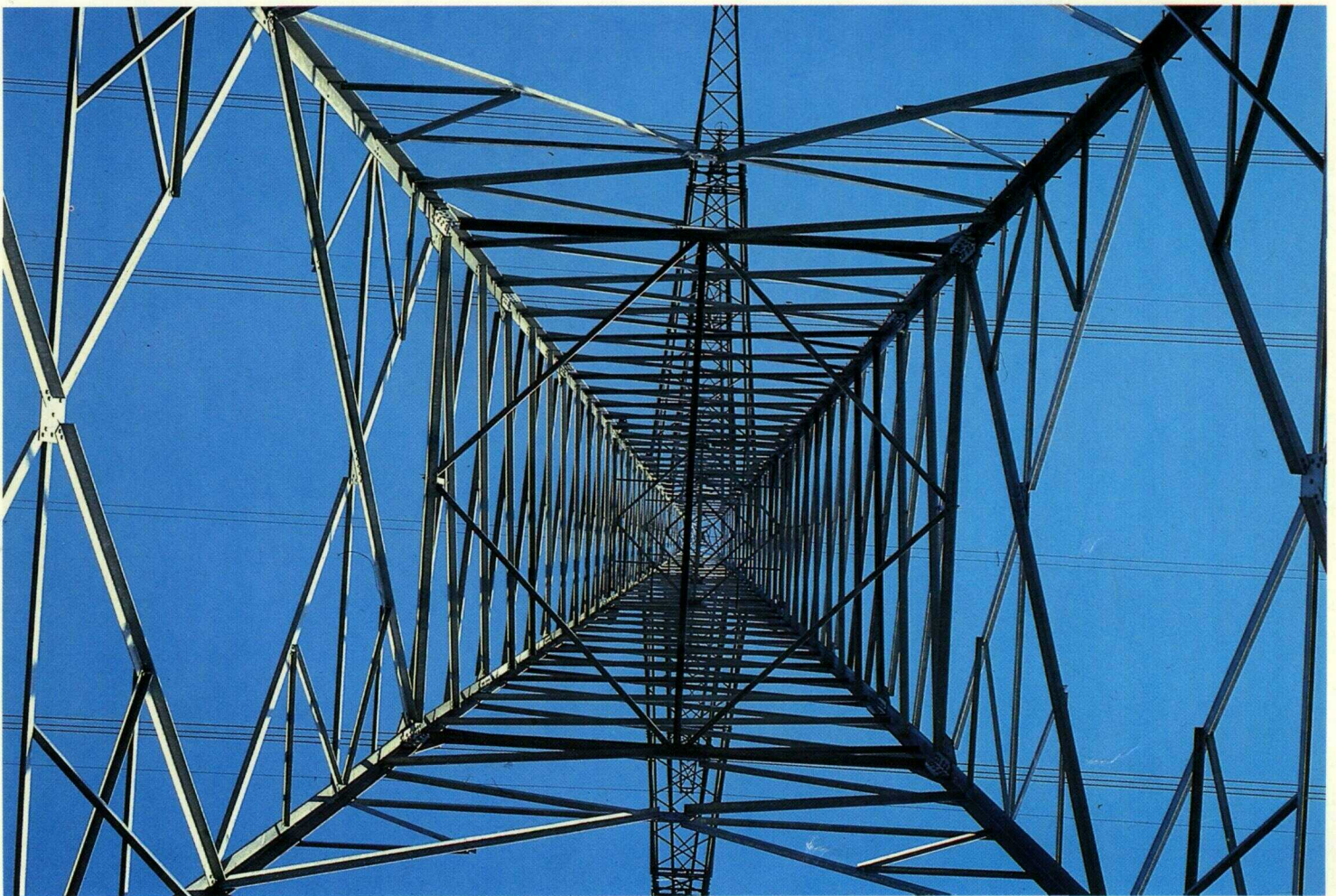


ZIVILVERTEIDIGUNG

Forschung - Technik - Organisation - Recht

Themen dieses Heftes: Bundesinnenminister Dr. Fr. Zimmermann »Zivilschutz als Bestandteil einer aktiven Friedenssicherung« · Nachruf auf den Präsidenten der Akademie für Zivile Verteidigung · Streitkräfte und zivile Verteidigung · Einführung in die Grundlagen des NEMP-Phänomens · Kernwaffenfreie Zonen · Wem hilft Katastrophen-Soziologie? · Hungern wir in der Krise? · 3. Medizinischer Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges · Hilfsaktion auf dem Kriegsschauplatz Libanon · Gesundheitliche Bedrohung durch künstliche Radioaktivität · Wassersicherung im Verteidigungsfall · Großschutzräume in Tiefgaragen – Teil VIII



Wem hilft eine anwendungsbezogene KATASTROPHEN-SOZIOLOGIE?

Wolf R. Dombrowsky

I. In der Bundesrepublik Deutschland wird Katastrophenforschung bislang von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren, teilweise auch von Medizinerinnen, Psychologen und Psychiatern betrieben, während Beiträge von Soziologen sehr viel seltener zu finden sind. Dies muß verwundern, angesichts der Tatsache, daß der beständige Risikozuwachs in hochindustrialisierten Gesellschaften zunehmend wirtschaftliche, politische und soziale Probleme hervorruft, die von den erstgenannten Wissenschaften nicht mehr allein gelöst und mit den gegenwärtigen Instrumenten des Katastrophenschutzes nicht mehr hinreichend gemeistert werden können (vgl. Turner 1978; Dombrowsky 1980).

Warum so wenig Resonanz auf Katastrophen-Soziologie?

Andere hochindustrialisierte Gesellschaften, allen voran die USA und Japan, aber auch Italien, England und Schweden, haben daraus Konsequenzen gezogen und versucht, den gesellschaftlichen Herausforderungen dieser Risiken mit neuen Forschungs- und Bewältigungsstrategien zu begegnen (vgl. Quarantelli/Tierney 1981; Pelanda 1982). In der Bundesrepublik dagegen ist von derartigen Konsequenzen nur vereinzelt etwas zu bemerken. Die Gründe dafür liegen nicht offen zutage, ihre Auswirkungen sind jedoch offenbar: Das Mißverhältnis zwischen realer Problemweite und vorsorgender Schutzvorkehrung wächst zusehends.

Die Ergebnisse internationaler Katastrophen-Soziologie könnten dieses Mißverständnis beseitigen helfen, sofern auch hierzulande die Offerten angenommen würden. Warum dies noch nicht in wünschenswertem Maße geschieht wäre zu klären. Drei Fragestellungen stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Warum findet die Katastrophen-Soziologie in der Bundesrepublik nur mäßige Resonanz?
2. Welche Probleme kommen auf den Katastrophenschutz zu, die einer spezifisch katastrophen-soziologischen Bearbeitung bedürfen?
3. Was kann die Katastrophen-Soziologie gegenwärtig schon zur Lösung dieser Probleme beitragen?

II. Die geringe Einbeziehung der Soziologie in Katastrophenforschung und Katastrophenschutz scheint zunächst leicht erklärlich. Die wenigen Großkatastrophen, die unser Land erschütterten (vgl. Neumann/Voss 1979, Sethe 1979; Heck/Schick 1980; Herlin 1981), führten bislang zu keinen bestandsbedrohenden Folgeproblemen und damit auch nicht zur Notwendigkeit, Katastrophenschutz weiter zu fassen, als man es gewohnt war. Die Einstellung, vom Prinzip her alle Katastrophen bewältigen zu können, sofern nur immer Ausrüstung, Ausbildung und Führung verbessert werden, schien selbst gegen die Lehren aus den Ereignissen von Minimata, Seveso, Love Canal, Harrisburg oder Mississauga resistent zu sein. Offensichtlich bedurfte es erst der nord-

deutschen Schneekatastrophen, um zu begreifen, daß moderne Großkatastrophen jeden interventionistischen Katastrophenschutz überfordern, sobald ihm keine kooperationswillige, loyale, zu Hilfe und Selbsthilfe fähige Bevölkerung gegenübersteht. Dennoch hat die Einsicht in die Bedeutung von Selbstschutz, Selbsthilfe, Kooperation und gemeinsamer Vorsorge und Vorbereitung nicht dazu geführt, das Konzept des Katastrophenschutzes so zu erweitern, daß einerseits der Bevölkerung ein angemessener Katastrophen-Selbstschutz möglich wird und andererseits dem organisierten Katastrophenschutz geeignete Maßnahmen der Selbsthilfeintegration und der Prävention zur Verfügung stehen. Wie notwendig beides wäre, zeigten die jüngsten Vorfälle in Delmenhorst, wo nach einem PVC-Brand Chlorgaswolken über zwei Wohnsiedlungen niedergingen (vgl. *Hamburger Morgenpost* vom 28. 2. 1983). Daß das Notwendige (noch) nicht getan wird, läßt kompliziertere Hintergründe vermuten, als eingangs angenommen.

Drei eng miteinander verwobene Zusammenhänge

Die wirkungsvollsten Gründe für das Ausblenden der gesellschaftlichen Dimensionen moderner Katastrophenpotentiale und das gleichzeitige Festhalten an herkömmlichen Bewältigungsstrategien entstammen drei eng miteinander verwobenen Zusammenhängen. Der er-

ste Zusammenhang gründet in der Gleichsetzung von Katastrophe und Krieg. Die Zivilschutzforschung bedient sich der Formel vom Krieg »als größter Katastrophe«, um die Ergebnisse der Katastrophenforschung auf die Extremsituation Krieg übertragen zu können. Man erhofft, wie die Katastrophen-Soziologie in den USA vermerkt, von den Verhaltensabläufen ziviler Bevölkerungsgruppen in Katastrophen auf die möglichen Verhaltensabläufe bei zukünftigen Kriegen schließen zu können (vgl. Powell 1954; Williams 1954; Glass 1956). Die »Schutzkommission beim Bundesminister des Innern« hat diese Sichtweise übernommen; sie soll »den Bundesminister des Innern in wissenschaftlichen Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall« beraten (zit. nach ZFS 1975:10 und Maibofer 1975:7). Doch anders als in den USA, wo die Gleichsetzung von Katastrophe und Krieg dem patriotischen Konsens gegen das Hitler-Regime erwuchs und die Ansätze der Katastrophen-Soziologie durchgehend bestimmte (vgl. Statuten des »Committee on Disaster Studies«, Williams 1954:6ff.), mußte sie aufgrund der historischen Situation im Nachkriegsdeutschland als bloße Rechtfertigung für die schrittweise Reorganisation des Zivilschutzes und die Einbeziehung des Katastrophenschutzes und der Katastrophenforschung in die Zivilverteidigung erscheinen (vgl. Schmidt 1960; Sterzel 1969). Das politische Versäumnis, »Krieg« und »Katastrophe« nicht entflochten zu haben, führte zwangsläufig zu einer Situation, in der jede Katastrophenforschung im Verdacht steht, Kriegsforschung zu sein, und jede Verbesserung des Katastrophenschutzes als Kriegsvorbereitung verunglimpft wird (vgl. Sonntag 1981 und die Debatte um die »Katastrophen-Medizin«, ZV 1/1982).

Verdrängung von Katastrophenrisiken

Ebenso zwangsläufig wie folgerichtig ist die vom Bundesverband für den Selbstschutz beklagte Verdrängung von Katastrophenrisiken. Wo der Autounfall nur die Ouvertüre für das atomare Inferno ist, läßt man lieber beides ungedacht. Auch hier führt die Vermischung von Katastrophe und Krieg zu einer Trau-

matisierung aller Lebensrisiken, die das Katastrophische der Handhabbarkeit entzieht und irrationalen Sicherheitsbedürfnissen Vorschub leistet (vgl. Kaufmann 1973; Schicha 1982).

Der zweite Zusammenhang, das »Laien-Experten-Syndrom«, schließt an dieser Stelle an. Die Bevölkerung, die im Zuge der entlastenden Verdrängung Bedrohungen nicht wahrhaben will und so nicht nur die Gefahr des Krieges, sondern auch Katastrophen, Unfälle, ja selbst noch Tod und Krankheit verdrängt, ist froh, wenn sich für jeden dieser Bereiche des Scheiterns spezialisierte Experten bereiterklären, Sicherheit zu produzieren und bei den nicht ganz vermeidbaren Restrisiken die Schmutzarbeit zu übernehmen. Zwar führt dies zu Experten-Kasten, die sich alsbald dem Verständnis und der Kontrolle entziehen, doch denkt so lange niemand darüber nach, wie ihre Beiträge zum arbeitsteiligen Gesamtvollzug effektiv funktionieren. Erst im Moment ihres Ausfalls wird schmerzlich bewußt, auf welch tönernen Füßen Sicherheit ruht und um wieviel größer der eigene Schaden ist, wenn die Fähigkeit, mit dem Scheitern umgehen zu können, an Experten verloren wurde.

Interessanterweise muß eine solche Konstellation nicht unbedingt zu Konflikten führen; sie kann sich unter bestimmten Bedingungen sogar symbiotisch ergänzen. Am wahrscheinlichsten wird eine solche Symbiose, wenn die erforderliche Bewältigung einer bislang verdrängten Problemlage unbequemer, schmerzhafter und aufwendiger erscheint als der abnehmende Grenznutzen eines sich verselbständigenden Expertentums. Dies führt zum dritten Zusammenhang, dem »Theoretiker-Praktiker-Syndrom«.

Clausen (1981) und Klein (1982) wiesen in ihrer Diskussion des Laien-Experten-Syndroms darauf hin, daß Wissenschaftler dann nicht in der Lage sind, die oben beschriebene Symbiose aufzulösen, wenn die an ihr Beteiligten nicht selbst den Mut aufbringen, sich aus ihr zu lösen. Ganz besonders schwierig aber wird die Position des Wissenschaftlers, wenn seine Warnungen nicht als Offerte verstanden werden, die den Ausstieg aus dieser Symbiose leichter machen könnte, sondern als eine unberechtigte Störung einer bisher erfolgrei-

chen und daher beliebten Praxis. Im Falle der Katastrophen-Soziologie fällt es den »Symbiotikern« besonders leicht, sich nicht stören zu lassen. Die alten Vorurteile gegen die Soziologie als eine »Revoluzzer-Wissenschaft«, die angeblich alles umstürzen wolle, ohne von der Sache, der Wirklichkeit vor Ort Ahnung zu haben, hängen noch immer nach und machen es den Praktikern leicht, sich abzuschirmen. Als Ausweg bietet sich in manchen Fällen eine Ergänzung der bestehenden Symbiose um eine wissenschaftliche Begleitsymbiose an: Unter respektvollen Frozzeleien bestärkt man sich gegenseitig positiv, ohne sich weh zu tun. Derweil wächst eine Katastrophe heran, die die politische Machtfrage stellt . . .

III. Analysieren wir ungeachtet aller lieb gewordenen Symbiosen die Probleme, die auf den bestehenden Katastrophenschutz zukommen, so zeigen sich uns extreme Veränderungen, die durchaus zu extremistischen Bewältigungsversuchen führen können. Die Kontroversen um Kernenergie und Umweltschutz haben demonstriert, daß der Risikozuwachs in unserer Gesellschaft nicht mehr nur ingenieurwissenschaftlich (vgl. Meyer-Abich 1981) oder gar versicherungstechnisch (vgl. Kuhlmann 1981) zu beherrschen ist, oder ohne breiten Konsens, nur »mit der Macht der Polizei oder mit der >Macht des Kapitals« (Bennigsen-Foerder 1981:26) durchgesetzt werden kann. Vielmehr bedürfen die Risiken, die großtechnische und industrielle Anlagen hervorbringen, der gesellschaftlichen Absicherung und Kontrolle. Die Begriffe »Sozialverträglichkeit« (Meyer-Abich 1979) und »Risikoakzeptanz« (vgl. Renn 1981) deuten dies in sprachlicher Glätte an, wengleich die sozialen Sprengsätze dahinter nicht zum Vorschein kommen. Worum es geht, ist dies: Seit Risiken nicht mehr als »Diskrepanz zwischen der Intention und dem Ergebnis« (Zellentin 1980:13) verantwortlichen Handelns kalkuliert werden, bei dem »derjenige, den Gewinn und Verlust betreffen, derselbe ist« (Spaemann 1979:492), wandeln sich Risikoberechnungen in Strategien der Risikoabwälzung, mit denen sich, analog dem Gemeinlastprinzip, Vorteile an wenigen Stellen konzentrieren und Nachteile der Mehrheit aufbürden lassen (vgl. Kapp 1979). Diese Ökonomisierung von Risiken er-

zwingt Geheimhaltung und Verharmlosung gleichermaßen. Eine naive, auf den Horizont von »Rest-Risiken« beschränkte Risikoakzeptanz zahlt sich dann als positiver Standortfaktor und als betriebswirtschaftlicher Kostenvorteil aus, während die Verteilung von Forschungsmitteln und die Verfügbarkeit der Experten die Risikoauswahl und -Untersuchung steuern (vgl. Weingart 1981; Lowrance 1976) und die möglichen Gesamtrisiken als Betriebsgeheimnis der Wahrnehmung entzogen werden können. Folgerichtig häufen sich die Befürchtungen bei Bürgern, Politikern und Katastrophenschutz-Experten, denen die verschiedenen Symbiosen keine Ruhe mehr lassen.

Ängste der Bürger und Politiker

So fürchten immer mehr Bürger, daß »die da oben« alle »unter einer Decke stecken«. Man fürchtet, daß die finanzielle Abhängigkeit staatlicher Verteilungsmacht von wirtschaftlichem Wachstum dazu führt, um dieses Wachstums willen Risiken und Belastungen zuzulassen, die langfristig nicht nur zu einem überproportional größeren, volkswirtschaftlichen Schaden führen, sondern auch zu neuartigen Großkatastrophen, wie sie sich im Umweltbereich andeuten (Ölpest, saurer Regen, Schwermetallvergiftungen, Nahrungs- und Wasserverseuchungen). Politiker fürchten, daß die Duldung der Risikoabwälzung dazu führen könnte, daß der Staat nicht mehr das Allgemeinwohl gegen separate Interessen durchsetzen kann und er darüber seinen legitimen Grund verlieren könnte. Sollte die Mehrheit der Bürger glauben, daß der Staat nicht mehr in der Lage ist, um kurzfristiger Vorteile willen Leben und Gesundheit all seiner Bürger zu schützen, müßte mit folgenschweren politischen Katastrophen gerechnet werden. Katastrophenschützer schließlich fürchten, immer unnachsichtiger ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik zu geraten, weil sie immer häufiger versagen. Daß dieses Versagen strukturelle Gründe hat und dem Katastrophenschutz nicht angelastet werden darf, bleibt jedoch solange ungesagt, wie vorgelagerte Symbiosen noch Vorteile versprechen. Dies wird aber eine harte Konfliktfront zwischen der politischen Verantwortungsebene

und den Organen des Katastrophenschutzes aufreißen. Inhaltlich besteht diese Konfliktfront darin, daß Katastrophenschützer in Ernstfälle geraten, wo sie der Risikoabschottung über Geheimhaltung aufsitzen und nicht wissen, wie ein Schaden technisch adäquat bekämpft werden soll. Insbesondere im chemischen Bereich und im Transportwesen fehlen Informationen und Vorwarnungen. Wo jedoch bereits den Einsatzkräften Informationen fehlen, kann man kaum erwarten, daß die möglicherweise betroffenen Bevölkerungsteile angemessen gewarnt und beraten werden können. Dies erzeugt dann eine zweite Konfliktfront, die sich im Rahmen unserer gegenwärtigen Lage sofort politisch umsetzt und all jene Kräfte begünstigt, die eine Fundamental-Polarisierung für erstrebenswert halten. Läßt sich dieser gordische Knoten lösen?

IV. Die Angebote der gegenwärtigen Katastrophen-Soziologie bieten durchaus angemessene und praktikable Lösungsmöglichkeiten, wenngleich niemand Patentrezepte und ad-hoc-Lösungen erwarten darf. Vielmehr zwingt uns die Problemanalyse zur Einsicht, daß wir es weitaus mehr mit langfristigen und strukturellen Prozessen zu tun haben als mit kurzfristigen und unverbundenen Einzelphänomenen. Trotzdem bestehen berechtigte Hoffnungen, daß sich die verschiedenen Symbiosen, oder, wie Clausen (1981) sagt, die verschiedenen »Clinche«, aufzulösen beginnen, weil einsichtig geworden ist, welche soziale und politische Brisanz den ins Haus stehenden Großkatastrophen einhergeht.

Wenden wir uns den Angeboten der Katastrophen-Soziologie im einzelnen zu. Mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Analysen lassen sich zuallererst die konstituierenden Bedingungen der beschriebenen Symbiosen transparent und rationaler entscheidbar machen. Nicht Versagen soll nachgewiesen werden, sondern die Möglichkeit, die Vorteile gegen die Nachteile abzuwägen und auf der Folie übergeordneten Allgemeinwohls Entscheidungshilfen anzubieten, die dem Staat und seinen Organen den Rücken freihalten für die Durchsetzung seines grundgesetzlichen Auftrages, Leben und Gesundheit aller Bürger optimal zu schützen.

Gleichsetzung von Katastrophe und Krieg beenden

Ebenfalls im allgemeinen, übergeordneten Rahmen könnte die Katastrophen-Soziologie helfen, die verheerende Gleichsetzung von Katastrophe und Krieg zu beenden, um Raum zu gewinnen für eine ideologiefreie Diskussion der bestehenden Katastrophenproblematik. Die Entlastung des Katastrophenthemas von militärischen Gesichtspunkten könnte dazu befähigen, dem bestehenden Selbstschutzgedanken, der ja satzungsgemäß auf Waffenwirkung bezogen ist, einen autonomen Selbstschutz zur Seite zu stellen, der auf Katastrophenwirkungen bezogen ist. In Anbetracht der zahlreichen Vorsorgemaßnahmen, die Bürger sehr bereitwillig betreiben (z. B. Versicherungen, Alarmanlagen etc.), besteht berechtigte Hoffnung, daß Bürger ebenso bereit sein werden, sich auf »zivile« Katastrophen vorzubereiten und Schutzvorkehrungen zu treffen. Die Erfahrungen aus den Schneekatastrophen in Norddeutschland haben gezeigt, daß es zwischen Bürgern und Katastrophenschutzorganisationen problemlose Kooperationen gibt, sofern ein Mindestmaß an Verlässlichkeit und Kompetenz vorliegt (vgl. Dombrowsky 1981).

Parallel dazu verhindert die Gleichsetzung von Katastrophe und Krieg die Entwicklung erklärungsfähiger Gesamtkonzepte für beide. Weder verfügen wir über eine Theorie der Katastrophe noch über ein einsichtiges, für die Bevölkerung glaubwürdiges Konzept einer deutschen Gesamtverteidigung (vgl. Menke-Glückert 1982). Letzteres liegt außerhalb katastrophensoziologischer Kompetenz, doch wird gerade deren Einsatz verhindert, wenn die fachliche Thematik von unbestimmten Kriegsszenarien überlagert wird. Weit problematischer wirkt sich das Fehlen einer Katastrophentheorie für den Katastrophenschutz selbst aus. Die dort vorherrschende Vorstellung von Katastrophe, die sich im Gesetz widerspiegelt, kümmert sich nicht um Entstehungsursachen, sondern nimmt den Schaden in Vollendung zum Ausgangspunkt ihres Eingreifens. Dabei fällt auf, daß die Modalitäten des Eingreifens eher rechtlichen, organisatorischen und kapazitati-

ven Gesichtspunkten Rechnung tragen (vgl. *Dombrowsky* 1980 und 1983) als präventiven, volkswirtschaftlich preiswerteren Maßnahmen. Dieser Gesichtspunkt führt uns direkt zu den Defiziten des bestehenden Katastrophenschutzes. Technisch sind wir gegenwärtig schon in der Lage, Fernüberwachungssysteme vor Ort bis hin zu Satelliten zu installieren, die die Gewähr böten, schon vor Ausbruch eines Unfalls oder einer Katastrophe eingreifen zu können. Es wäre ebenfalls unproblematisch, den Präventionskräften auf dem Weg zum Einsatz auch solche Daten zu übermitteln, die möglicherweise Betriebsgeheimnisse darstellen, aber für eine angemessene Schadensbekämpfung unbedingt bekannt sein müssen. Es ist schlechthin unerträglich, daß immer wieder Fälle eintreten, wo Einsatzkräfte aufgrund unbekannter Schadensbedingungen (insbesondere im chemischen Bereich) unwissentlich Bekämpfungsfehler begehen und die Katastrophe noch verstärken. Im gesamten Katastrophenschutz fehlen also verlässliche Daten und Informationszentren, die eine ähnliche Statistik ermöglichen, wie sie im Bereich Arbeits- und Unfallschutz schon seit langem üblich ist.

Katastrophen-Assessment erforderlich

Neben der Erfassung und Auswertung aller realen Katastrophenfälle wäre ebenso eine Analyse und Bewertung aller möglichen Nebenfolgen dieser Katastrophen als auch aller möglichen Katastrophenrisiken durchzuführen, um einerseits angepaßte Überwachungs-, Präventions- und Interventionsstrategien entwerfen und noch unbekannt Risikopotentiale antizipieren zu können. Ein solches Katastrophen-Assessment könnte den bestehenden Katastrophenschutz zu zielgerichteten Vorbereitungsmaßnahmen und Ausbildungsgängen befähigen und ihn gleichzeitig vom Vorwurf entlasten, immer nur dem Faktischen hinterherzuhinken, statt schon im voraus mit dem Möglichen zu rechnen.

Ebenso wünschenswert wie die Erweiterung des bestehenden Katastrophenschutzes um eine wissenschaftliche Dokumentation, Statistik, Auswertung und Assessment wäre die Integration in die weltweit bestehenden Überwa-

chungssysteme und Informationsbanken (z. B. UNRRA, FAO, UNESCO, UNDP, UNND, LRCS, OXFAM, USAID, u. ä. m. Siehe Lit. *Western* 1972.) um schon heute für internationale Regelungen vorbereitet zu sein, die zur Beherrschung grenzüberschreitender Katastrophen und deren Ursachen notwendig sein werden (z. B. Säureregen, Wasserverseuchung etc.). Für all diese Aufgaben stellt die Katastrophen-Soziologie angemessene Datenverarbeitungs- und -auswertungssysteme zur Verfügung, so daß ohne Verzug begründete Entscheidungshilfen geliefert werden könnten.

Aber auch im konkreten Rahmen liegen Modelle und Ansätze bereit, um die Effizienz des bestehenden Katastrophen-

schutzes zu verbessern. Das im Zuge eines Forschungsprogramms über die Schneekatastrophen entwickelte Phasenmodell »LIDPAR« und das darauf basierende »Copabilitäts-Profil« (vgl. *Dombrowsky* 1983) versetzt jede Katastrophenschutz-Einheit in die Lage, für jeden Einsatz- und Arbeitsabschnitt gezielte Untersuchungen anzustellen, die Schwächen und Stärken aufzeigen und gezielt bearbeiten lassen. Bettet man nun dieses Phasenmodell und das dazugehörige Diagnoseraster in die oben beschriebenen Erweiterungen des Katastrophenschutzes ein, so ergibt sich die Chance für einen modernisierten Katastrophenschutz, der tatsächlich den zukünftigen Risiken gewachsen sein wird. Ein *Schaubild* soll den Zusammenhang verdeutlichen:

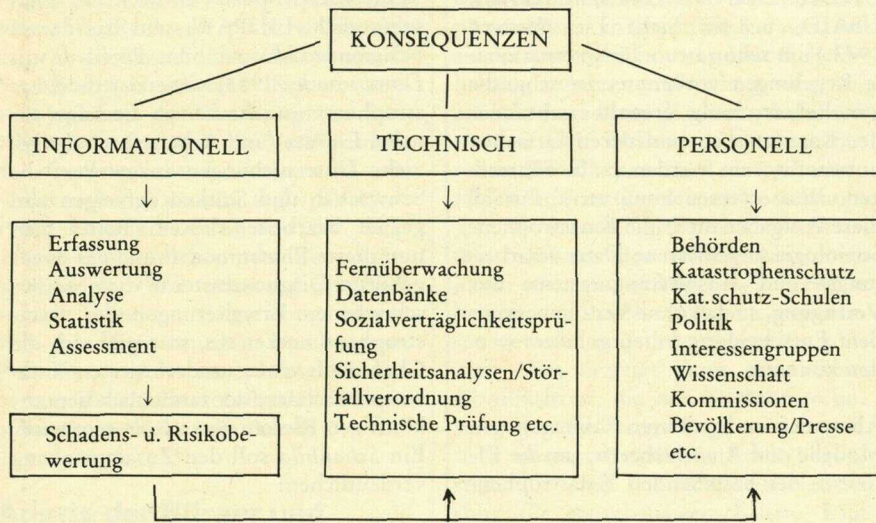
1. Einsatz des Phasenmodells „LIDPAR“ und des „Copabilitäts-Profiles“ z. B. auf der Ebene des Stabes beim HVB

Phase	Problem	Soll-Zustand	Ist-Zustand	Konsequenzen
Latenzphase	Informationsmangel; Unge- wissenheit	Maximale und beste Informa- tion	Datenmangel; Kommunikationsprobleme	Technische u. informationelle Verbess.
Identifikationsphase	Lageerstellung; Warnung	Lagegewißheit Adäquate Warnung	Späte Lagegewißheit; Warnungsverzögerung	Entscheidungs- training; Daten- verarbeitungskapazität ver- größern
Definitionsphase	Statusdefinition; Kompetenzverteilung; Prioritätensetzung	Eindeutiger Alarm; klare Kompetenzen; klare Prioritäten	Unsicherheit bei Alarm u. Kompetenz u. Prioritäten	Führungstraining, Kooperationstraining
Personalisierungsphase	Vernetzung von Ressourcen und Hilfsbedürftigen	Prioritätenadäquate Vernetzung. Den meisten Opfern die bestmögliche Hilfe	Flickwerk; viel Improvisation	Prozeßsteuerung u. Datenverarbeitung; Technische u. personelle Verbesserung
Aktionsphase	Optimale TEL Zeit- u. Ressourcenoptimierung	In kürzester Zeit bestmögliche Hilfe leisten	TEL und KEL haben Koordinationsprobleme	Kommunikationstraining Kooperationstraining

Nehmen wir an, daß Katastropheneinsätze nach dem obigen Ablaufmodell verlaufen und die nachträgliche Manöverkritik die dargestellten Ist-Zustände zutage fördert, so könnten, neben anderen, die beschriebenen Konsequenzen als sinnvoll erscheinen. Fragt man da-

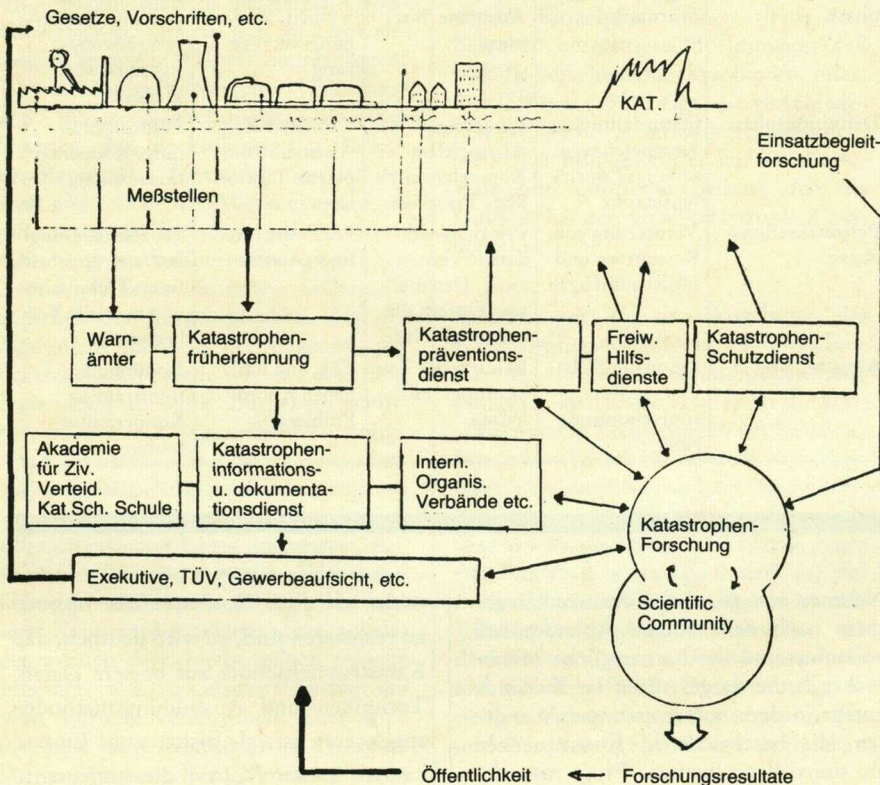
nach, wie diese Konsequenzen optimal zu realisieren sind, so wird deutlich, daß Katastrophenschutz auf bessere Daten, Techniken und Ausbildungsmethoden angewiesen ist, als bisher zum Einsatz kamen. *Schaubild 2* soll dies andeuten:

2. Umsetzung der Konsequenzen



In einer dritten Übersicht lassen sich dann die verschiedenen Methoden der Datengewinnung und der organisatorischen Vernetzungen angeben. Die Gra-

fik beansprucht keine Vollständigkeit, sie will nur eine Anregung für die Weiterentwicklung sein:



Mit diesen knappen, eher andeutenden als ausführenden Darstellungen sollten die Kapazität gegenwärtiger Katastrophen-Soziologie demonstriert und die bestehenden Defizite aufgezeigt werden, die ihrem praktischen Einsatz noch entgegenstehen. Vom Grundsatz her dürfte aber sichtbar geworden sein, daß sich mit Hilfe der Katastrophen-Soziologie die politischen und sozialen Auswirkungen, die moderne Katastrophentypen mit sich bringen, beherrscht und einer Lösung zugeführt werden können. Die Katastrophen-Soziologie nützt damit der Erhaltung des Gemeinwohls und der Fortentwicklung eines Katastrophenschutzes, der bislang und damit auch in Zukunft als beispielhaft gelten kann.

Literatur

- Bennigsen-Foerder, R.: Nicht mit der Macht des Kapitals, in: DIE ZEIT vom 22. 5. 1981, S. 26
- Clausen, L.: Zivilschutz als soziale Frage, in: ZIVILVERTEIDIGUNG 4/81
- Dombrowsky, W. R.: Katastrophenschutz in der Industriegesellschaft, in: SIFKU-INFORMATIONEN 2/1980, 37-52
- : Die Einplanung spontaner Hilfeleistungen bei lokalen Katastrophen, Zwischenbericht, in: Tätigkeitsbericht der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern für das Jahr 1980 (b), 513 ff.
- : Die Einplanung . . . , Abschlußbericht, in: Tätigkeitsbericht . . . für das Jahr 1982, beides Freiburg, 1983
- : Solidarity During Snow-Disasters, in: Int. Journal of Mass Emergencies and Disasters, vol. 1, No 1, 1983, 189-206
- Glass, A. J.: Psychological Considerations in Atomic Warfare, in: US Armed Forces Medical Journal, Jg. 7, 1956: 625-639
- HAMBURGER MORGENPOST vom 28. 2. 1983, S. 1 u. 12 »Giftwolke. 5000 in Angst«
- Heck, H. D./Schick, R.: Erdbebengebiet Deutschland, Stuttgart 1980
- Herlin, H.: Die Sturmflut: Nordseeküste und Hamburg im Februar 1962, Hamburg 1981
- Kaufmann, F. X.: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, Stuttgart 1973 (2. Aufl.)
- Klein, K.: Eine soziale Frage aus politisch-psychologischer Sicht, in: ZIVILVERTEIDIGUNG 1/1982: 40-44
- Kuhlmann, A.: Einführung in die Sicherheitswissenschaft, Köln 1981

- Lowrance, W. W.: Of Acceptable Risk. Science and the Determination of Safety, Los Altos, Cal. 1976
- Maihofer, W.: Zum Geleit, in: ZIVILSCHUTZFORSCHUNG Bd. 1, Bonn-Bad Godesberg 1975:7
- Meyer-Abich, K. M.: Zum Problem der Sozialverträglichkeit verschiedener Energieversorgungssysteme, in: Kruedener, J. v./Schubert, K. v. (Hrsg.): Technikfolgen und sozialer Wandel, Köln 1981:41-56
- Menke-Glückert, P.: Warum Friedensplanung?, in: ZIVILVERTEIDIGUNG 1/82
- Neumann, N./Voss, J.: Es geschah in Deutschland, München 1979
- Pelanda, C.: Disaster and Order, Mexico City 1982
- Powell, J. W.: Gaps and Goals in Disaster Research, in: Journal of Social Issues, Vol. 10/1954: 61-65
- Quarantelli, E. L./Tierney, K.: A Modell for Studying Community Preparedness for Acute Chemical Disasters, in: Graf-Baumann, T./Metreveli, S. (Hrsg.): Unfall- und Katastrophenforschung, Notfallmedizin Bd. 4, Erlangen 1981:336-353
- Remm, O.: Wahrnehmung und Akzeptanz technischer Risiken, Bd. 1, Jülich '81
- Schicha, R.: Angst vor Freiheit und Risiko, Ffm/New York 1982
- Schmidt, R.: Das Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz, in: ZB (Ziviler Bevölkerungsschutz) 3/1960: lf.
- Sethe, H.: Der große Schnee, Husum 1979
- Sonntag, Ph.: Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen, Bonn 1981
- Spaemann, R.: Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik, in: Scheidewege Heft 4/1979
- Sterzel, D. (Hrsg.): Kritik der Notstandsgesetze, Ffm 1969
- Turner, B. A.: Man-made Disasters, London 1978
- Weingart, P.: Wissenschaft im Konflikt zur Gesellschaft. Zur De-Institutionalisierung der Wissenschaft, in: Kruedener/Schubert ... siehe Meyer-Abich.
- Western, K. A.: The Epidemiology of Natural and Man-made Disasters, unveröff. M. A.-Arbeit, Univ. of London, London 1972
- Williams, H. B.: Fewer Disasters, Better Studied, in: Journal of Social Issues, Vol. 10, No 3/1954:5-11
- Zellentin, G.: Risiko und politische Verantwortung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 16. 2. 1980
- ZFS, ZIVILFORSCHUNG, Bd. 1 »25 Jahre Forschung für den Zivil- und Katastrophenschutz, Bonn-Bad Godesberg 1975
- ZV, ZIVILVERTEIDIGUNG 1/1982, S. 5-16 zum Thema »Katastrophen-Medizin«

Wußten Sie, daß fast sieben Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nur 1-20 km von einem Atomkraftwerk entfernt wohnen? Das sind über 10 Prozent der gesamten Bevölkerung.

Survival News 7/8 - 83

Hungern

wir
in der

Krise?

Bernd Küpper

Der Gedanke an Krisenzeiten wird heute nicht in erster Linie mit dem Problem der Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung verbunden, sondern die Gedanken kreisen vielmehr um die Probleme der Energieversorgung; Energie für unsere Autos, für unsere Heizungen und Kühlschränke, Energie für Fernsehen und Radios und für andere Wohlstandsartikel. Jedoch über das, was es in solchen Zeiten noch zu essen gibt oder geben soll, wird in der Öffentlichkeit kaum gesprochen. In unserer den Überfluß gewohnten Gesellschaft ist die Nahrungsmittelversorgung in Krisenzeiten ein Tabu.

Hunger ist in unseren Breitengraden beinahe zu einem Fremdwort geworden. Drang bei Ende des Krieges die »Kalorie« als Maßeinheit des Überlebens in die Alltagssprache der Bevölkerung ein, so dient dieser Begriff heute als Synonym für Verfettung. Übergewicht, also eine über den ernährungsphysiologischen Bedarf hinausgehende Nahrungsaufnahme, droht in der Bundesrepublik Todesursache Nummer 1 zu werden. Doch das Eis, auf dem unsere reich gedeckten Tische stehen, ist dünn.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung Baden-Württembergs glaubt nicht, daß die Ernährung in einem Krisenfall gesichert ist. Zwar halten 54 % der Befragten das

Eintreten eines Krisenfalles für ziemlich unwahrscheinlich, dennoch wollen es nur 10 % völlig ausschließen. Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Blitzumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, die im letzten Sommer im Auftrag des Südwestfunks durchgeführt wurde.

Unsere Landwirtschaftspolitik ist nicht auf die volle Selbstversorgung ausgerichtet. Die einheimische Nahrungsmittelproduktion deckt langfristig nach Abzug der zu tierischen Produkten veredelten importierten Futtermittel rund 70 % des Kalorienbedarfs der Bevölkerung. Fast ein Drittel der verzehrten Nahrungsmittel, nämlich 30 %, müssen eingeführt oder auf der Grundlage importierter Futtermittel im eigenen Land hergestellt werden. Bei einer Einwohnerzahl der Bundesrepublik von 61,5 Millionen Personen bedeutet dies, daß der Nahrungsbedarf von nicht weniger als 18,5 Millionen Menschen tagtäglich aus dem Ausland befriedigt werden muß. Mit anderen Worten: Fast jede dritte Mahlzeit, die ein jeder von uns zu sich nimmt, kommt nicht aus deutschen Landen zu uns auf den Tisch, sondern von jenseits der Grenzen.

Zur Erreichung der vollen Selbstversorgung bräuchten wir - wenn sich die Zusammensetzung unseres Nahrungs-